

nicht mal die Mühe gemacht einmal ein Wort mit dem Verein selber zu wechseln, aber das nur am Rande. Wir möchten noch zusätzlich verweisen in den Ausschuss für Klimaschutz, Ordnung und Umwelt, sowie in den Planungsausschuss, denn auch wir finden, dass diese Frage geklärt werden muss.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch GOA
des Oberbürgermeisters
in den
Sportausschuss
sowie durch GOA
der AfD-Stadtratsfraktion Halle
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und durch GOA
der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten*

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bekennt sich zum Erhalt der Sportart Motoball und lehnt alle Versuche die Sportart zu diskreditieren und die Sportfreunde des Motoball aus Halle zu verdrängen, ab.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, aus welchen Leistungen oder Produkten im Haushaltsplan, ggf. dieses Jahr nicht mehr beanspruchte Mittel umgeschichtet werden können, um die Errichtung eines Trainingsplatzes auf der gepachteten Sportanlage Schieferstraße für den Verein 1. Motoballclub 70/90 Halle e.V. zu realisieren.

**zu 9.10 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion für eine Konzeption zur gerechten
Verteilung der Belastungen durch Asyl- und Migration sowie zur
Verminderung der Segregation von Ausländern im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2021/02648**

*-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein
Wortprotokoll.-*

Herr Raue

Hierzu würde ich dann doch noch eine kurze Stellungnahme geben von unserer Fraktion, zumindest eine kurze Einführung. Also, wir finden es an dieser Stelle wirklich wichtig, dass die Stadt Halle mal ein Signal sendet. Einerseits ist das unser letzter Antrag gewesen im letzten Stadtrat, der ist ja auch automatisch verwiesen wurden, ohne das er hier besprochen wurde. Da hatten wir den Antrag gestellt, dass die Stadt Halle eine Zuzugsbeschränkung für Ausländer bei der Landesregierung beantragen soll. Die muss natürlich von der

Landesregierung letztendlich erlassen werden aber die Stadt Halle muss natürlich danach rufen.

Wir sind also eine massiv und maximal überlastete Stadt. Wir haben fast 400 Millionen Schulden. Die Stadt Halle hat leider die höchste Ausländerkriminalität in Sachsen-Anhalt. Die Stadt Halle hat leider auch die schlechtesten Bildungschancen für ihre Kinder und Jugendlichen, da brauchen Sie nur in den Bildungsbericht hineinschauen, ins Bildungskonzept. Die anderen Zahlen, die ich zur Ausländerkriminalität beispielsweise habe, die lassen sich sehr gut an der polizeilichen Kriminalitätsstatistik ablesen.

Das heißt, was wir jetzt, wo wir hinein laufen, ist einfach, dass in den Stadtgebieten, in den Plattenbauvierteln, sich Parallelgesellschaften bilden. Das wollen wir unbedingt vermeiden. Das Problem ist allerdings, die müssen sich dort Wohnungen nehmen, weil die KdU-Grenzen das so festlegen. Und gerade in den Stadtvierteln Giebichenstein, Paulusviertel, wo im Prinzip Migration unheimlich befürwortet wird, da gibt es relativ wenig Mieträume und die Vermieter sind nicht gewillt ihre Wohnungen Migranten zur Verfügung zu stellen, weil natürlich die KdU-Leistungen nicht alles abdecken. Und da muss die Stadt jetzt eben mal schauen, wie sie Ausländer genau in die Stadtviertel bekommt, wo die größte Zustimmung erwartbar ist. Und die lässt sich nun mal an den Wahlergebnissen ablesen. Und in den anderen Wahlkreisen beispielsweise, in großen Plattenbauvierteln, die haben einfach, die sehen keine Bereicherung und die Gebiete müssen einfach entlastet werden. Und die sind massiv überlastet, das sehen wir in den Schulen, da haben wir teilweise bis zu 80 Prozent Migrationsanteil. Das ist auch unzumutbar für unsere Lehrer. Wir finden auch keine Lehrer mehr. Wir bauen jetzt eine neue Schule, das Land, bin ich mal gespannt, ob wir überhaupt Lehrer für die neue Schule finden.

Aber sei es drum, uns geht es jetzt darum, mit diesem Antrag unseren Hauptantrag, nämlich die Zuzugsbegrenzung zu flankieren. Das heißt Zuzugsbegrenzung, Zuzugsstopp für Asylsuchende und generell Asyl oder Personen, denen Asyl bereits bewährt ist und die eine Duldung haben, dass die in Halle keine Aufnahme mehr finden und dass die Stadt Halle sozusagen diejenigen, die jetzt bei uns sind bis zur Abschiebung, bei denen, die abgeschoben werden, dass sie die auch anders verteilen kann. Und das nicht die gesamte Last immer in Halle-Neustadt liegt, in Heide-Nord liegt, in der Südstadt liegt und die Menschen, die sich eigentlich dagegen wehren mit Händen und Füßen, dass die an dieser Stelle auch mal entlastet werden. Das sind nämlich die Schwächsten der Gesellschaft und die Stärksten der Gesellschaft, die laden die Probleme genau bei denen ab, die am wenigsten danach gerufen haben.

Und ich will Ihnen nur mal noch zwei Zahlen sagen und dann bin ich fertig. Das sind Zahlen aus der jüngsten PKS, ich habe es heute schon zwei Mal gesagt, dass wir eine massiv steigende Ausländerkriminalität haben, auch bei uns in Halle. Die Straßenkriminalität ist von 28 auf 33 Prozent gestiegen, nur letztes Jahr. Mord und Totschlag ist zwar etwas zurückgegangen aber immerhin noch über 53 Prozent. Tatverdächtige in Mord und Totschlagsfällen sind Ausländer und die Zahlen haben sich verdreifacht sogar. Die absoluten Zahlen. Bei Vergewaltigung haben wir immer noch 24 Prozent. Schwere Körperverletzung von 33 auf 35 Prozent gestiegen. Raubüberfälle von 31 Prozent auf 37 Prozent gestiegen. Das ist alles nicht mehr hinnehmbar. Der Stadtrat muss ich unbedingt darum kümmern und das alles bei einem Ausländeranteil in der Stadt Halle von 10 Prozent. Und dann geben die Zahlen noch nicht mal mehr ein vollständiges Bild, weil jede Tat, die durch eine Person durchgeführt wird, die auch die deutsche Staatsbürgerschaft hat und allerdings auch noch eine andere, die wird automatisch zu den deutschen Tätern gezählt. Das heißt, die Lage ist ganz dramatisch.

Frau Müller

Herr Raue, Ihre Redezeit ist um.

Herr Raue

Ich verweise den Antrag in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, in den Finanzausschuss und in den Sozialausschuss. Vielen Dank.

Frau Müller

Wenn ich mir dazu nur mal eine Anmerkung erlauben darf. Sie wollten ja einführen. Sie haben aber letzten Endes hier Ihre komplette Redezeit ausgeschöpft. Das dürfen Sie auch, Herr Raue. Es gibt einen Unterschied zwischen demokratischen Rechten und demokratischen Umgangsformen. Das finde ich zumindest. Es ist natürlich Ihr Recht, das hier auch so zu machen und das auszuschöpfen. Die Einigung aller anderen Fraktionen, eigentlich auch mit Ihnen, Sie haben nicht widersprochen, war, dass wir hier zügig verweisen zum Nutzen aller im Sinne von schnell fertig werden. Alle kriegen es auf die Reihe, eine Fraktion kriegt es nicht auf die Reihe. Wie gesagt, Ihr Recht ist das. Ob das demokratischen Umgangsformen entspricht, das ist die zweite Frage, weil Sie hier immer die Demokratie so betonen.

Damit sind wir bei Punkt 9.11, Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Wiedereinrichtung eines städtischen Forstamtes. So. Ach so, Sie wollten noch mal? Herr Dr. Wend, okay, Sie habe ich übersehen. Bitte.

Herr Dr. Wend

Also, es ist richtig, dass die Lastenintegration in unserer Stadt ungerecht verteilt sind und deswegen betrifft das auch den Jugendhilfeausschuss. Deswegen verweisen wir das in den Jugendhilfeausschuss. Und ich glaube, ich nehme mir das Wort heraus, dass wir dieses wichtige Problem in unserer Stadt nicht zwischen den Extremen dieses Rates zerreißen, sondern, dass wir uns dieses Problems annehmen, ohne Häme, ohne Hetze, es analysieren und gucken, wie wir möglichst gut diese Stadt gestalten. Das gilt hier an alle Beteiligten. Dankeschön. Ich bitte um Nachsicht für das Überschreiten der Regeln.

-Behandlung TOP 9.11-

Frau Müller

Bitte schön, Herr Raue, halten Sie Ihre persönliche Erklärung.

Herr Raue

Muss auch gar nicht lange dauern, Frau Vorsitzende. Aber ich muss mich von Ihnen nicht maßregeln lassen, dass ich hier vielleicht undemokratisch bin. Wenn Sie festlegen, dass die Anträge zügig verwiesen sind und wenn das der gesamte Rat macht, dann können Sie das doch auch gerne machen. Aber Sie haben schon richtig gesagt, ich muss dem nicht zustimmen, ich habe dem auch nicht zugestimmt. Ich habe zwar nicht widersprochen, weil mein Widerspruch in diesem Haus überhaupt nichts nützt, weil Sie ja eh machen, was sie wollen. Aber das können Sie natürlich auch mit Ihrer Mehrheit aber Sie müssen dann einfach dulden und ertragen, dass ich die Wahrheiten, die Fakten, die in dieses Haus gehören, dass ich die auch in diesem Haus sage. Und das bei jeder Gelegenheit. Und ich lasse es einfach nicht mehr zu, dass Sie hier alles unter den Tisch kehren. Das geht so nicht mehr und das können Sie sich auch mal selbst hinter die Ohren schreiben. Und lassen Sie das bitte mich zu maßregeln, wenn ich meine Rechte wahrnehme. Vielen Dank.

-Zwischenruf: „Arschloch“-

Frau Müller

Herr Raue, Sie haben mir nicht zugehört. Ich habe Sie nicht gemäßregelt, ich habe lediglich eine Bewertung hier abgegeben, wie ich das sehe. So und wenn wir da jetzt schon an der Stelle sind ... Was denn? Ich habe das jetzt leider nicht gehört. Ich habe das wirklich nicht gehört. So. Herr Raue, vielleicht eine Anmerkung nur noch, damit wir uns an der Stelle vielleicht auch mal einig werden, weil Sie gerade sagten, hier wird eh gemacht, was wir wollen.

Ich erinnere Sie nur mal daran, wie oft ich Sie jedes Mal, wirklich jedes Mal daran erinnere, dass Ihre Redezeit vorbei ist. Und da machen Sie auch was Sie wollen. Jedes Mal. So, schreiben Sie sich das bitte auch mal hinter die Ohren. Bin ich nämlich auch leid, das Ganze. Und heute ganz besonders.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch GOA
der AfD-Stadtratsfraktion Halle
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften,
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
sowie durch GOA
der Fraktion MitBürger & Die PARTEI
in den
Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Konzept zur gerechten Verteilung der Belastungen durch Asyl- und Migration sowie zur Verminderung von Segregation, insbesondere von Ausländern im Stadtgebiet von Halle.

Dazu wird ein Maßnahmenplan erarbeitet, der es ermöglicht, dass Asylbewerber oder ihnen gleichgestellte Personen, ihren Wohnsitz auch in Wohngebieten in denen die Mietpreise üblicherweise über den durch KdU-Leistungen gedeckten Grenzen liegen, nehmen können. Bevorzugt sollen bei der Prüfung die Stadtviertel Paulusviertel und Giebichenstein behandelt werden.

**zu 9.11 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Wiedereinrichtung eines städtischen Forstamtes
Vorlage: VII/2021/02659**

Herr Wolter verwies den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften sowie in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch GOA
der Fraktion MitBürger & Die PARTEI
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften
und in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung,